

UNO kritisiert soziale Menschenrechtsverletzungen in Deutschland

An vielen Orten in der Welt kämpfen deutsche Soldaten angeblich für Menschenrechte. Bei anderen Ländern sieht Deutschland sich selbst als Weltmeister in Sachen Menschenrechte. Kann man sich da vorstellen, dass in Deutschland selbst nicht alle Menschenrechte gesichert sind? So sieht es auf jeden Fall die UNO.

Bei der UNO gibt es den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Den hat die Bundesrepublik 1973 ratifiziert. Aber wohlweislich: ein Zusatzprotokoll hat sie nicht ratifiziert, nämlich die völkerrechtliche Verbindlichkeit dieser Rechte.

Warum hat sie dies nicht getan? Mit diesem Zusatzprotokoll wäre es möglich, dass einzelne Menschen vor dieser internationalen Kommission ihre Rechte einklagen. Das möchte Deutschland nicht. Das könnte ja auch teuer werden. Deshalb hat auch Hubertus Heil die Europäische Sozialcharta für Schutz vor Armut und Ausgrenzung nicht unterschrieben.

Was wird nun Deutschland vorgeworfen?

Der UN-Sozialrat wirft Deutschland umfassend Verletzungen der sozialen Menschenrechte vor. Die Kommission sieht dringenden Handlungsbedarf.

Was sind soziale Menschenrechte? Es geht um wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, zum Beispiel:

- das Recht auf Arbeit,
- das Recht auf Bildung,
- das Recht auf Wohnung
- und das Recht auf soziale Sicherheit und Gesundheit

Was hat nun die UNO-Kommission 2018 an Deutschland kritisiert? Umfassend wird bei uns das Recht auf soziale Sicherheit und auf angemessenen Lebensstandard verletzt. Man ist besorgt über die **Lage älterer Menschen, die unter entwürdigenden Bedingungen leben.**

Weiter: Die Grundsicherung für alle, die darauf angewiesen sind, ist viel zu gering. Bei der Berechnung wird nicht vom Durchschnitt der Bevölkerung ausgegangen, sondern das Einkommen der Ärmsten zugrunde gelegt. Das wird vom Paritätischen Wohlfahrtsverband bestätigt. Dieser hat errechnet: 644,- Euro wären notwendig, um die gesellschaftliche Teilhabe etwas zu behalten.

Aber was ist jetzt, 2020 geschehen? Der Regelbedarf wird um sage und schreibe 14,-€ auf 446,-€ ab 2021 erhöht. Ist dies nicht eine Verhöhnung derjenigen, die darauf angewiesen sind?

Besorgt zeigt sich der Uno-Bericht auch über die **Kinderarmut in Deutschland**. 2,55 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Der Großteil von ihnen bei nur einem Elternteil. Bürokratische Hürden verhindern, dass Eltern mögliche Hilfen in Anspruch nehmen.

Was hat Deutschland nun dagegen getan? Deutschland erhöht den Regelsatz für Kinder von 6-13 Jahren um 1,-€ auf 309,-Euro. Das ist ein absoluter Skandal!

Der UNO-Bericht fordert: Es muss ermöglicht werden, dass Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern gleichberechtigte Chancen haben.

Davon sind wir weit entfernt! So attestiert die UNO der Bundesrepublik eine **starke soziale Spaltung**. Das ist ein gefährlicher Sprengstoff. Die Angst, die Arbeit zu verlieren, und dann zu den Ärmsten der Gesellschaft zu gehören, befeuert rechte Kräfte. Dies besonders in der jetzigen Wirtschaftskrise und durch die Folgen der Coronaepidemie.

Deshalb schließen wir uns der Forderung vieler Verbände und dem Bündnis Auf Recht bestehen an:

- 100,-€ Coronabedarf sofort!
- 600,-€ Regelsatz sofort.
- Alles für die Beseitigung der Kinderarmut!

Und wir sagen: Das kann finanziert werden! Die Rüstung muss runter. Wir brauchen keine neuen Kampfbomber. Und es darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein, dass einige in Milliarden schwimmen und andere nicht mal Weihnachtsgeschenke für ihre Kinder kaufen können!